

Unabhängigkeit, Freiheit und Mitbestimmung – warum es uns in der Schweiz gut geht

Ansprache zum 1. August 2015

Hans-Ueli Vogt, Kantonsrat, Ständeratskandidat

Rede gehalten in Zürich (Degenried, Kreis 7; SVP Kreis 7 und 8) und in Weisslingen (Gemeinde Weisslingen)

Sperrfrist: 1. August 2015, 14.30 Uhr

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Liebe Gäste

Meine Damen und Herren

I. Einleitung

Anfang August 1291 haben die Landsgemeinden von Uri, Schwyz und Nidwalden einander im Bundesbrief versprochen, sich weiterhin und auf alle Ewigkeit gegenseitig Beistand zu leisten. Gemeint war Beistand zum Schutz von Leben und Vermögen und Beistand bei Angriffen von Feinden. Und weiter haben die drei Talschaften abgemacht, dass sie „keinen als Richter irgendwie anerkennen oder annehmen werden, [...] der nicht unser Landsmann ist“, also keinen fremden Richter.

Warum markiert der Bundesbrief von Anfang August 1291 die Geburt der Eidgenossenschaft und feiern wir darum ihren 724. Geburtstag? Die Entstehung der Schweiz ist nicht wie die Geburt eines Menschen ein bestimmtes Ereignis, sondern eine lange, wechselvolle Geschichte. Erst seit dem 19. Jahrhundert hat man dem Bundesbrief von 1291 eine grössere Beachtung geschenkt. Was ist es denn, warum wir seither den 1. August 1291 als unseren Geburtstag ansehen?

Um das herauszufinden, müssen wir unser Land anschauen und uns fragen, warum es uns gut geht. Denn schon im Bundesbrief von 1291 sind die tragenden Ideen und die Säulen erkennbar, die erklären, warum es uns gut geht.

An die Adresse der Historiker: Jede Beschreibung und Einordnung eines geschichtlichen Ereignisses ist eine Interpretation, bedingt eine Wertung und bedeutet eine Selektion. Selbstverständlich führt vom Bundesbrief von 1291 zur heutigen Schweiz keine gerade Linie. Das Bild einer Linie passt ohnehin nicht für die Beschreibung einer geschichtlichen Entwicklung. Tatsache aber ist, dass im Bundesbrief von 1291 ein Bekenntnis zur Unabhängigkeit und Selbstbestimmung enthalten ist, das die Schweizer Geschichte bis zum heutigen Tag prägt. Wer das nicht sieht, der will es nicht sehen.

II. Es geht uns gut

Wie komme ich darauf, dass es uns gut geht?

Zuerst einmal, weil wir in Frieden leben. Das darf man durchaus betonen, nachdem an den Grenzen Europas Kriege im Gang sind. Unsere Grossmachtpläne haben wir vor 500 Jahren in Marignano begraben, und seit über 200 Jahren ist unser Territorium von keiner anderen Macht mehr versehrt worden.

Zweitens: Wir leben in Wohlstand. Wir haben eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Die Schweizer Städte gehören zu den Städten mit der weltweit höchsten Lebensqualität. Wir gehören zu den Ländern mit der tiefsten Arbeitslosenquote. Wir sind die Weltmarktführer bei den Innovationen. Kein Land hat mehr Nobelpreisträger pro Kopf als wir. Und wir haben hervorragende Infrastrukturen und ein ausgezeichnetes Gesundheits- und Bildungssystem.

Drittens geht es uns gut, weil die Menschen bei uns politisch mitbestimmen können. Das macht sie glücklich. Auf der Weltkarte des Glücks sind die Schweizer die zweitglücklichsten Menschen – nur die Dänen sind noch glücklicher. Aus der Glücksforschung weiss man, dass politische Mitbestimmung die Menschen glücklich macht.

III. Warum es uns gut geht

Der Erfolg der Schweiz hat mit ihren tragenden Ideen und Säulen zu tun, die bereits im Bundesbrief von 1291 zum Ausdruck kommen. Was sind diese Ideen

und Säulen? Man könnte auch sagen: Was sind die Faktoren des Erfolgsmodells Schweiz? Und wie steht es heute um sie?

Es sind die folgenden drei: die Unabhängigkeit, also die Freiheit gegen aussen; die liberale Ordnung im Verhältnis zwischen Bürger und Staat, also die Freiheit gegen innen; und die Mitbestimmung der Bürger.

Zuerst zur Unabhängigkeit.

1. Unabhängiger Kleinstaat

a) Bedeutung und historische Wurzeln

Der Drang zu Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den uns umgebenden Grossmächten, Adelshäusern und Gerichten kommt schon im Bundesbrief von 1291 zum Ausdruck. Die Absage an fremde Richter heisst, dass die drei Tal-schaften rechtlich souverän sein wollten. Die Absage an fremde Richter war für die Staatswerdung der Kantone und damit für die Bildung der Eidgenossenschaft zentral. Die Wahrung der Unabhängigkeit war der Zweck der Eidgenossenschaft, schon bevor unser Land so hiess.

Die Wahrung der Unabhängigkeit ist das Leitmotiv der Geschichte der Schweiz. Keine gemeinsame Sprache, keine gemeinsame Kultur, keine gemeinsame Religion, keine natürlichen Grenzen, und in verschiedenen Kriegen sind die Söldner der einzelnen Kantone einander gegenüber gestanden – aber eines verband unsere Vorfahren in den verschiedenen Ständen immer: lieber zusammenstehen, trotz aller Unterschiede, als die Unabhängigkeit aufgeben. Das sieht selbst Thomas Maissen – kein Anhänger des traditionellen Schweizer Geschichtsbildes – so: Er schreibt, dass die Kontinuität der Eidgenossenschaft angesichts der zahlreichen Konflikte, die innerhalb der Eidgenossenschaft stets bestanden haben (Herrscher und Untertanen, Stadt und Land, Reformierte und Katholiken, Liberale und Konservative usw.), beachtlich sei und erklärt dies damit, dass die Eidgenossenschaft, das Zusammenstehen trotz aller Konflikte, immer „das kleinere Übel als die Einbindung in ein benachbartes politisches Gebilde [war], dessen Zentralismus die (Gemeinde-) Autonomie nur schmälern konnte“.¹

¹ Thomas Maissen, Geschichte der Schweiz, S. 10.

Der Drang der Schweizer nach Unabhängigkeit und damit Freiheit hat den Herrschern in unseren europäischen Nachbarländern nie gepasst. Im Mittelalter sagte ein deutscher Kaiser, die Schweizer seien ein Volk ohne Herrscher und sie seien von der Christenheit verlassen worden – die Schweizer seien also unchristlich, sie würden die gemeinsamen europäischen Werte nicht teilen. Und ein anderer schrieb – aus Erbarmen mit der Einfalt der Schweizer, wie er meinte –, er habe Gott gebeten, dass die Schweizer doch die Könige und Fürsten anerkennen mögen, statt in ihrer „wilden Staatsform“ und unter der „Herrschaft des leidlichen Pöbels“ zu leben.

Kommt Ihnen das bekannt vor? 2010 sagte der damalige Vorsitzende der Euro-Gruppe und heutige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: «Es bleibt ein geostrategisches Unding, dass wir diesen weissen Fleck auf der europäischen Landkarte haben.» Ausländische Herrscher – früher Könige und Kaiser mit Rittern und Waffen, heute Kommissionspräsidenten und internationale Organisationen mit ihren Beamten und dem internationalen Recht – wussten immer schon, was für die Schweiz gut ist. Unsere Unabhängigkeit war ihnen immer ein Dorn im Auge.

Viel wird in letzter Zeit die europäische Wertegemeinschaft beschworen, zu der auch wir gehören würden. Dazu muss man sagen: Geographisch, kulturell und auch religionsgeschichtlich sind wir natürlich mit den anderen europäischen Staaten und ihrer Geschichte verbunden. Was aber unser Selbstverständnis als unabhängiger Staat angeht, in diesem Selbstverständnis haben wir uns die allermeiste Zeit von den anderen europäischen Staaten unterschieden.

Aber was hat diese Unabhängigkeit damit zu tun, dass es uns gut geht? Die Antwort lautet: Dank der Unabhängigkeit konnten wir alle Vorteile, die es hat, ein Kleinstaat zu sein, nutzen.

Dass wir ein Kleinstaat sind, ist für die Geschichte und das Selbstverständnis der Schweiz zentral. Wir sind nicht nur flächenmässig klein. Wir sind auch darum klein, weil wir immer von Grossen umgeben waren: schon 1291, während des ganzen Mittelalters hindurch, während den beiden Weltkriegen und heute im Verhältnis zur EU.

Zwar könnte man meinen, klein sein und unabhängig sein, das seien Nachteile. Wer klein ist, ist von anderen abhängig, ist machtlos. Aber unsere Vorfahren waren klug genug, aus dem vermeintlichen Nachteil einen Vorteil zu machen.

Gegen aussen, gegenüber den anderen Staaten, haben wir unser Kleinsein genutzt, indem wir erklärt haben und bis heute erklären, ein neutraler Staat zu sein. Und zwar bewaffnet neutral, sodass das Bekenntnis zur Neutralität auch glaubwürdig ist. Wir leisten gute Dienste, stellen uns als Vermittler zur Verfügung, aber wir schlagen uns in einem Konflikt auf keine Seite. Wir stehen nicht auf dem Spielfeld, sondern sind die Sanitäter am Spielfeldrand, wie es einmal jemand gesagt hat.

Klein sein, das hiess für die Schweiz auch immer, auf Austausch und Handel mit anderen Ländern angewiesen zu sein. Früher spielte das Söldnerwesen eine grosse Rolle. Später und bis heute sind unsere Unternehmen – viele übrigens von Geschäftsleuten aus dem Ausland gegründet – auch im Ausland tätig, und sie betreiben Handel mit anderen Unternehmen auf der ganzen Welt. Die Schweiz war global, bevor es das Wort gab – global *avant la lettre*, wie es die NZZ vermutlich ausdrücken würde. Wir sind gute Unternehmer und clevere Geschäftsleute und bewegen uns auf dem Parkett der grossen, weiten Welt – ohne einem grossen Verbund wie heute der EU anzugehören. Die Schweiz hat es verstanden und versteht es bis heute, aus ihrem Kleinsein und ihrer Unabhängigkeit Kapital zu schlagen und für Wohlstand zu sorgen.

Unabhängig heisst auch nicht egoistisch. Wir sind solidarisch mit der Welt – auch das kann man sein, ohne seine Unabhängigkeit aufzugeben. Wir finanzieren die Kohäsion innerhalb der EU – mit zum Teil beschränkter Begeisterung, aber wir machen es. Wir beherbergen zahlreiche internationale Organisationen. Wir stellen Katastrophenhelfer, Militärbeobachter und Entwicklungshelfer fast auf dem ganzen Globus.

b) Herausforderungen und was zu tun ist

Leider sehen heute viele Leute, viele Politiker die Vorzüge unserer Unabhängigkeit – und allgemein: die Stärken von Nationalstaaten – nicht mehr. Sie sagen, die Welt sei global, also müssten alle Probleme auf globaler Ebene gelöst werden. Sie sehen das Heil der Welt in grossen, möglichst weltumspannenden Gebilden, in der EU, der UNO, der OECD und so weiter. Und sie wollen, dass sich die Schweiz diesen Organisationen unterwirft, was man in die Worte kleidet: mit dabei sein, um mitgestalten zu können. Oder sie wollen, dass die Schweiz die Forderungen dieser Organisationen eins zu eins umsetzt, weil wir uns angeblich ein Abseitsstehen nicht leisten können, wir uns nicht

abschotten dürfen usw. Sie wollen die Vorteile des unabhängigen Kleinstaats aus der Hand geben.

Wenn wir am 1. August 2015 feststellen, dass es uns gut geht, weil wir ein unabhängiger Kleinstaat sind, dann muss dieser Geburtstag Anlass sein, unseren Willen zur Unabhängigkeit unbedingt zu bekräftigen. Eine gesunde Skepsis gegenüber globalen Lösungen und grossen Imperien, ob Kaiserreichen oder internationalen Organisationen, ist das, was unsere Vorfahren uns mitgegeben haben. Das heisst natürlich zuallererst, dass wir nicht der EU beitreten dürfen. Das wäre das Ende unseres demokratischen politischen Systems. Wir wären Teil eines riesigen bürokratischen, freiheitsfeindlichen Gebildes. Und wir müssten die globalen geopolitischen Ambitionen der EU mittragen – ein eklatanter Widerspruch zu unserer Neutralität. Ein unabhängiger Kleinstaat zu bleiben, heisst aber auch, keine Verträge mit der EU abzuschliessen, mit denen wir uns einseitig ihrem Recht und ihrer Gerichtsbarkeit unterstellen. Die Idee der europäischen Versöhnung unter dem Dach der EU war gut und erfolgreich. Doch die EU ist heute viel mehr als das. Sie ist zu weit gegangen. Das Streben nach Weltmacht, das die Geschichte des europäischen Kontinents zu einem wesentlichen Teil geprägt hat, dieses Streben hat die EU nicht zu unterdrücken vermocht; im Gegenteil, sie ist heute das Instrument in der Hand der grossen europäischen Staaten, um auf der Welt – und auch gegenüber der Schweiz – Macht auszuüben.

Unsere Geschichte der Abgrenzung gegenüber den benachbarten grossen politischen Gebilden – um an Thomas Maissen anzuknüpfen – müssen wir fortsetzen. Paul Widmer, früherer Schweizer Botschafter, schrieb: „Wie sich die Schweiz als Kleinstaat im Konzert der Mächte behauptet hat, ist ein grossartiges Kapitel europäischer Geschichte.“² Die nächsten Jahre werden zeigen, ob wir als Schweiz die Kraft haben, dieses Kapitel der Geschichte weiterzuführen. Wir sollten im Angesicht unserer Vorfahren vor Scham erröten, wenn wir diejenigen wären, die dieses Kapitel beenden würden.

Unabhängig zu sein, heisst nicht, sich abzuschotten, sich zu isolieren. Wir sind ein weltoffenes Land, wir müssen eines sein, weil wir ein Kleinstaat sind. Und wir sind eine offene Gemeinschaft, schon weil wir nicht eine Nation mit einer einzigen Kultur, einer einzigen Religion und einer einzigen Sprache sind. Die Offenheit ist in den Genen der Eidgenossenschaft drin. Aber offen sein heisst nicht, sich einem Kaiserreich oder einer internationalen Organisation

² Paul Widmer, Schweizer Aussenpolitik, S. 12.

anzuschliessen. Wir pflegen den Austausch mit unseren Nachbarn, aber am Abend gehen wir in unser Haus zurück und schliessen die Türe ab. So mache ich das jedenfalls.

2. *Eine Gemeinschaft freier Bürger*

a) *Bedeutung und historische Wurzeln*

Der zweite Grund, weshalb es der Schweiz an ihrem 724. Geburtstag gut geht, ist unser Selbstverständnis als Gemeinschaft von Bürgern, als Genossenschaft, eben als eine Eidgenossenschaft. Die Schweiz ist als eine Gemeinschaft von Bürgern und von Kantonen herangewachsen. Die Schweiz war nicht geplant. Nicht ein König hat die Gründung der schweizerischen Eidgenossenschaft angeordnet und verkündet, sondern die Bürger und die Talschaften und später die Stände haben sich zusammengeschlossen. Unser Staat ist von unten her gebaut, von den Menschen her, die hier leben. Und er ist für sie gebaut, nur für sie, nicht für Herrscher und Regierende, die ihre Machtvorstellungen und Staatsphilosophien verwirklichen wollen.

Die Eidgenossenschaft ist gegründet worden, damit sie die Freiheit der Menschen schützt. Die drei Talschaften haben Anfang 1291 ihren Bund und die Unabhängigkeit nicht einfach so und ohne Grund bekräftigt, sondern sie haben es getan, um im Innern die Freiheiten ihrer Bürger zu sichern und für den Schutz des Lebens und des Vermögens der Bürger zu sorgen. Man hat sich also zusammengeschlossen, um die Freiheiten des Einzelnen zu schützen. Dass dies – und nur dies – die Aufgabe eines Staates sei, wird man Jahrhunderte später als Liberalismus bezeichnen. Als Idee ist dieses Staatsverständnis schon im Bundesbrief angelegt. Auf dieser Idee basiert später die erste Verfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft, jene von 1848. Und es ist bis heute die vornehmste Aufgabe des Staates, die Freiheiten der Bürger zu schützen und ihnen zu ermöglichen, ihre Freiheiten auszuüben. Wir haben in der Schweiz die Wirtschaftsfreiheit, die Eigentumsfreiheit und die Meinungs- und Pressefreiheit geschützt, lange bevor die europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Europäischen Menschenrechtskonvention beschlossen haben, diese Freiheiten zu schützen.

b) Herausforderungen und was zu tun ist

Von der ursprünglichen Idee, dass unser Staat die Gemeinschaft der Bürger ist, die sich zum Schutz der Freiheiten der Bürger zusammengeschlossen haben, von dieser Idee sind wir längst weit weg. Der Staat hat sich verselbständigt. Die Politiker und die Behörden haben ihn immer mehr ausgebaut und aufgebläht. Zu viele hängen an seinem Tropf und profitieren von immer mehr Staat. Dieser wiederum ist hoch verschuldet. Wir führen ein Leben auf Pump. Wir leben mit der Kreditkarte unserer Kinder.

Die Politik befindet sich in einem Gesetzgebungsrausch. Die Bürger haben die Kontrolle über den Regulierungswahn der Behörden und der Parlamente verloren. Wir sind zum Beispiel daran, den totalen Steuerstaat einzurichten: die totale staatliche Überwachung, damit der Staat seine Steuern erheben kann. Der Bargeldverkehr soll unterbunden werden, damit jeder Geldfluss kontrolliert werden kann. Die Löhne in den Unternehmen sollen daraufhin kontrolliert werden, ob alle Gesamtarbeitsverträge eingehalten werden und Mann und Frau genau gleich viel verdienen. In den grossen Unternehmen sollen Geschlechterquoten in den Geschäftsleitungen gelten. Die Anti-Rassismus-Norm verbietet den Menschen, zu sagen, was sie denken. Der Staat sagt Ihnen, was Sie essen sollen. Er will Sie beeinflussen bei Ihrer Entscheidung, ob Sie das Auto oder den Zug nehmen. Und bei mir zuhause bestimmt der Staat, wann meine Sonnenstoren rauf- und wann runtergehen; er weiss besser, was für mein Wohlbefinden und meine Gesundheit gut ist als ich selber.

Freiheit wird nicht mehr als etwas Gutes gesehen, als Chance und als Bedingung für Wohlstand und Demokratie, sondern Freiheit wird gleichgesetzt mit Missbrauch. Wer heute Freiheit beansprucht und staatliche Kontrolle und Bevormundung ablehnt, steht im Verdacht, etwas Unrechtmässiges tun zu wollen. Die Idee, dass der Staat gegründet worden ist, um die Freiheiten der Menschen zu schützen, ist in ihr Gegenteil verkehrt: Der Staat nimmt den Menschen ihre Freiheiten weg.

Dabei ist ein grosser Teil des Regulierungswahns in unserem Land auf den Aktionismus internationaler Organisationen zurückzuführen, auf Recht, das wir angeblich übernehmen müssen, weil es die EU oder die OECD so macht und wir gut dastehen wollen. Wir übernehmen damit Regeln, die nicht unserem freiheitlichen Staatsdenken entsprechen: Regeln aus zentralistischen, obrigkeitlichen Staaten, die auf den Sachverstand und die Verantwortung der Bürger

noch nie viel gegeben haben, sondern die Bürger in erster Linie kontrollieren wollen.

Auch darum müssen wir auf unserer Unabhängigkeit bestehen: Wir selber, die Schweiz, sind für uns noch immer der beste Garant für die Freiheit der Menschen in diesem Land. Wenn um uns herum ein europäisches Imperium das Leben der Menschen bis in die Einzelheiten durchreguliert, einen Kontrollstaat einrichtet und sie obendrein am Schluss die Schulden eines Landes, von Griechenland, mitbezahlen lässt, dann muss die Schweiz gerade auch darum unabhängig bleiben, damit sie sich dem totalen Regulierungs- und Kontrollstaat entziehen kann. Die Unabhängigkeit der Schweiz ist also kein Selbstzweck; sie ist Voraussetzung für ein Leben der Menschen in Freiheit.

3. *Die Mitbestimmung der Bürger*

a) *Bedeutung und historische Wurzeln*

Die dritte tragende Idee der Schweiz ist, dass hier die Bürger das Sagen haben. Für einen Staat, der von unten her, von den Bürgern her und für die Bürger gebaut ist, ist das eine Selbstverständlichkeit. Die Demokratie in der heutigen Form hat zwar nicht von Anfang an bestanden, aber ihre Wurzeln gehen bis zum Bundesbrief von 1291 zurück. So gab es in den ländlichen Ständen schon früh mit den Landsgemeinden Formen der direkten Demokratie. Darum beobachteten die deutschen Gelehrten bei uns schon im Mittelalter eine Pöbelherrschaft – womit sie die Souveränität des Volkes meinten. Und auch 1848, bei der Gründung des Bundesstaates, gefiel unseren europäischen Nachbarn die freiheitliche Ordnung nicht, die wir uns gegeben hatten. Der König von Preussen sagte, es sei eine „Radikalensekte“ an der Regierung, die dem Land „Pöbelfreiheit“ gegeben habe.

Warum haben bei uns die Bürger das letzte Wort und nicht ein Herrscher, ob er jetzt ein König, ein Bundesrat oder ein EU-Kommissionspräsident sei? Weil wir skeptisch sind gegenüber ungeteilter Macht. Die Geschichte der schweizerischen Politik ist auch eine Geschichte der Teilung von Macht. Macht ist viel zu gefährlich, um sie in wenige Hände zu legen. Unsere Vorfahren haben den Kaisern, Königen und Fürsten misstraut und wollten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, genauer: in den eigenen Händen behalten. Friedrich Engels schrieb 1847 über die Urschweiz: „Die Urschweiz hat nie etwas anderes getan, als sich gegen die Zentralisation angestemmt.“

Bei uns sind die Bürger der Souverän. Die Mitbestimmung der Bürger bedeutet eine Diktatur von unten. Unsere Regierung besteht aus Bürgern. Die Diktatur von unten schützt das Land vor romantischen Utopien, Grössenwahn und vor „politischem Blödsinn“. Keine Regierung in unserem Land kann von heute auf morgen unser System auf den Kopf stellen und gegen den Willen des Volkes irgendwelche Krisengesetze beschliessen.

Keine Regierung in unserem Land kann Gesetze erlassen, mit denen Minderheiten diskriminiert werden. Die Diktatur von unten würde das nicht zulassen. Die Diktatur von unten ist die beste Hüterin der Menschenrechte. Wir können nämlich in unserer Vielfalt von Sprachen, Religionen, Kulturen, von Stadt und Land, Arm und Reich nur zusammenleben, weil wir demokratisch beschlossen haben, dass wir das wollen, dass wir die Vielfalt wollen, dass wir also Minderheiten respektieren. Die Eidgenossen, untereinander oft im Streit zwischen Stadt und Land, Reformation und Katholizismus, Liberalismus und Konservativismus, Oberschicht und Unterschicht konnten sich gar nicht anders zusammenschliessen und immer wieder zusammenraufen als dadurch, dass alle immer überall mitreden konnten. Die Willensnation Schweiz gibt es nur demokratisch. Das sollten die Kritiker der direkten Demokratie, die sich im Moment etwas in einem Hoch glauben, eigentlich auch sehen.

Dabei führen wir nicht Volksabstimmungen durch, wenn die Regierung nicht mehr weiter weiss und sich aus der Verantwortung schleichen will, wie das in Griechenland geschehen ist. Volksabstimmungen sind bei uns ein Teil der ständigen Weiterentwicklung unseres Staates. Die schweizerische Demokratie bedeutet, dass den Bürgern etwas zugetraut wird, dass man sie für urteilsfähig hält in allen Belangen, die sie selber betreffen. Die direkte Demokratie schafft Bürgersinn und eine Art Verantwortungsgefühl.

Die Mitbestimmung der Bürger hat der Schweiz sehr viel Gutes gebracht – und ich sage das, obwohl ich nicht über alle Volksentscheide der letzten Jahre glücklich bin. Die Bürger sind sparsam und haushälterisch, anders als die meisten Politiker. Sie geben das Geld nicht mit beiden Händen aus, sie wollen nicht freiwillig sechs Wochen Ferien, sie wollen nicht freiwillig höhere Verbilligungen von Krankenkassenprämien.

Die Bürger korrigieren gesellschaftliche Fehlentwicklungen und wehren sich, wenn sie finden, die Politiker würden ein Problem nicht genügend beachten oder falsch einschätzen. Die Bürger denken – viel mehr als Politiker und Behörden – an unsere Kinder und Grosskinder. Sie merken, wenn etwas aus dem Ruder

läuft, wenn wir Dinge tun, die wir gegenüber unseren Kindern nicht verantworten können, wenn wir masslos werden. Darum haben sie beschlossen, dass die Zuwanderung in die Schweiz beschränkt werden muss; sie sind besorgt, wenn jedes Jahr 80'000 Menschen in unser Land kommen. Darum haben sie sich mit der Verwahrungsinitiative gegen den immer stärkeren Schutz der Täter statt der Opfer ausgesprochen. Und darum haben sie sich mit der Zweitwohnungsinitiative dagegen ausgesprochen, dass unsere Landschaft immer mehr verbaut wird, nur damit wir uns etwas Luxus leisten können.

b) Herausforderungen und was zu tun ist

Die tiefe Überzeugung, dass die Menschen, die Betroffenen, selber am besten wissen, was für sie und für das Land gut ist, diese Überzeugung schwindet in der Schweiz. Früher waren es die ausländischen Regenten, die sagten, die Demokratie in der Schweiz sei eine Pöbelherrschaft. Heute hören wir das immer mehr auch im eigenen Land.

Die Kritiker der direkten Demokratie wollen die Volksrechte einschränken. Die Erhöhung der Unterschriftenanzahl ist dabei noch ein harmloser Vorschlag, angesichts der grösseren Bevölkerungszahl. Die Versuche gehen jedoch weiter. Sie laufen darauf hinaus, dass die Bürger die Verfassung nicht mehr abändern können, so wie sie das wollen. Die Bürger, der oberste Souverän im Land, soll entmachtet werden, weil die, die eigentlich im Auftrag des Souveräns tätig werden müssten, die Aufträge des Souveräns nicht mehr ausführen wollen – eine verkehrte Welt.

Volksentscheide werden darum nicht mehr richtig oder nur noch nach langem Hin und Her umgesetzt. Das aktuelle Beispiel ist die vom Volk beschlossene Begrenzung der Zuwanderung. Der Bundesrat hält sich nicht an das, was die Bürger beschlossen haben. Damit werden Volksabstimmungen zu blossen Meinungsumfragen. Dabei ist er für nichts anderes da, als umzusetzen, was die Bürger beschlossen haben. In anderen Ländern, zu anderen Zeiten gehen und gingen die Bürger in einer solchen Situation auf die Strasse. Noch geht es der Schweiz so gut, dass die Menschen die Verweigerung durch die Regierung zu akzeptieren scheinen.

Wir dürfen Einschränkungen bei der Mitbestimmung der Bürger nicht hinnehmen. Wir haben unserem demokratischen System zu viel Gutes zu verdanken. Die Mitbestimmung der Bürger führt zu den besten Entscheiden. Wir

können es uns nicht leisten, auf die Weisheit und Erfahrung unserer Bürger zu verzichten. Wenn unser Staat kluge Entscheide treffen soll, ist er auf die Mitwirkung der Bürger angewiesen. Zudem macht sie die Menschen glücklich, weil sie teilnehmen und mitgestalten können.

Das alles hat übrigens mit Links und Rechts nichts zu tun: Die politisch Linke wie auch die Rechte haben ihre Erfolge und Misserfolge gehabt vor dem Volk. Das zeigt gerade, wie ausgewogen und gemässigt das Volk insgesamt ist.

IV. Schluss

Wenn wir heute den Geburtstag der Schweiz feiern, dann können wir das mit Stolz tun, denn es geht uns gut. Und wir tun es angesichts der Herausforderungen, denen sich unsere Vorfahren stellen mussten, auch mit viel Respekt. Wieviel einfacher wäre es gewesen, die Unabhängigkeit aufzugeben und sich unter das Dach eines grossen europäischen Reiches zu begeben? Wieviel einfacher wäre es für unsere Vorfahren gewesen, den Kampf für die Freiheit nicht zu kämpfen und es sich stattdessen im Fahrwasser mal dieses, mal jenes Regenten bequem zu machen? Sie haben es nicht gemacht. Sie haben die Unabhängigkeit verteidigt, die Freiheit der Bürger gegenüber dem Staat verteidigt und auf der Mitbestimmung der Bürger beharrt. Ihnen, unseren Vorfahren, die das gemacht und auf sich genommen haben, verdanken wir unseren Wohlstand, unseren Frieden und das Glück der Menschen in unserem Land.

Unseren Nachkommen schulden wir, dass auch wir für ihren Wohlstand, Frieden und ihr Glück einstehen. Wir können, wir dürfen darum gar nicht anders, als uns auch im 725. Lebensjahr der schweizerischen Eidgenossenschaft für Unabhängigkeit, Freiheit und Mitbestimmung einzusetzen. Das ist unsere Pflicht.